

Haushaltsrede 2019/20,
Oberbürgermeister Stefan Schostok,
16. August 2018

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrte Mitglieder des Rates!

Wir alle sind gewählt worden, um politische Verantwortung für unsere Stadt zu übernehmen und Hannovers Entwicklung energisch, ideenreich und zukunftssicher zu gestalten. Genau dies ist in den vergangenen Jahren gelungen und es wird uns auch in den kommenden Jahren gelingen.

Hannover ist lebenswert und dynamisch, wirtschaftlich stark und an den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen orientiert. Die Allermeisten leben sehr gerne hier. Aber dass Hannover gut dasteht und gut vorankommt, ist nicht nur das Gefühl derer, die hier leben, es lässt sich auch an Fakten und Zahlen allein aus den vergangenen zwei Jahren ablesen.

- Die Zahl der Unternehmensgründungen und der Beschäftigten wächst.
- Die Zahl der Arbeitslosen ist auf historischem Tiefstand.
- Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer steigen.
- Bei der Nachhaltigkeit und der Gestaltung der Energiewende ist Hannover inzwischen bundesweit vorbildlich.
- Bei Umgestaltung und Ausbau der Mobilität kommen wir mit großen Projekten sehr zügig voran.
- Unsere Schulen werden in hohem Tempo renoviert und modernisiert.
- 72 Prozent der Grundschul Kinder können schon betreut werden und 1.200 Ganztagsangebote kommen in den nächsten zwei Jahren noch hinzu.
- 1.750 Schülerinnen und Schüler und 500 Lehrkräfte haben schon eigene Tablets.
- 900 neue Krippenplätze werden wir Ende 2018 innerhalb der vergangenen zwei Jahren geschaffen haben.
- Für fast 6.000 neue Wohnungen werden wir bis Ende 2018 auch durch die Beschlüsse zu Kronsberg-Süd Baurecht geschaffen haben.

- Anderswo werden Bäder geschlossen. Wir haben beschlossen, dass Fössebad und Misburger Bad neu gebaut werden. Im Herbst kommenden Jahres wird dazu ein entscheidungsreifer Vorschlag zur Vergabe vorliegen.
- Wir sind bei der Lösung eines leider schon sehr alten städtebaulichen Problems einen ganz großen Schritt vorangekommen, indem wir dem Ihme-Zentrum eine Zukunftsperspektive gegeben und auch Baurecht für die Fassaden- und Dachsanierung geschaffen haben.
- Wir haben mit den Herrenhäuser Gärten und dem Schützenfest zwei Hauptattraktionen der Stadt noch einmal aufgewertet.
- Ein ganz neu geschaffener Ordnungsdienst verbessert die Sicherheit und Ordnung auf unseren Straßen und Plätzen

Meine Damen und Herren,

vor knapp zwei Jahren haben wir mit Ihnen als neuem Rat bereits die Weichen für ein positives Wachstum Hannovers gestellt. Wir haben seinerzeit einen Doppelhaushalt mit einem Gesamtvolumen von 4,55 Mrd. Euro (2017: 2,26 Mrd. 2018: 2,29 Mrd.) verabschiedet.

Auch wenn der Haushalt 2018 noch nicht abgerechnet ist, können wir damit bilanzieren, dass wir schon jetzt vieles von dem erreicht haben, was die Ratspolitik beauftragt hat!

In die kommenden zwei Haushaltsjahre starten wir aus einer sehr guten Position - und mit einer Haushalts- und Finanzplanung, die das Erreichte sichert und den Weg zu neuen ambitionierten Zielen ermöglicht.

Meine Damen und Herren,

wir wären keine Großstadt, wenn wir nicht auch Probleme hätten. Wer Probleme erkennt und benennt, kann sie auch lösen. Auch das leistet unsere bisherige Politik und die Planung für die kommenden Jahre.

Mit dem neuen Doppelhaushalt schaffen wir eine feste Grundlage für planvolles, energisches und zielgerichtetes Handeln von Politik und Verwaltung.

Hannover geht es gut. Es gibt gestalterische und auch finanzielle Freiräume. Auch in den kommenden Jahren geht es um Fortschritt auf hohem Niveau.

Es geht heute und bei den kommenden Beratungen um die Zukunft unserer Stadt und ihrer Menschen. Wir werden uns dabei - wie meistens - nicht in allem einig sein. Das müssen wir auch nicht.

Haushaltsberatungen sind nicht das Forum, in dem personal-, dienst- und strafrechtliche Fragen geklärt werden.

Aber ebenso wenig sind dies die Medien. In rechtsstaatlichen Verfahren ist es die Justiz mit ihren Organen.

Die Pressefreiheit, die ich nicht nur als sehr hohes Gut respektiere, sondern die für mich eines der höchsten Güter der Demokratie ist, erlaubt aus gutem Grund sehr viel.

- Selbstverständlich sollen Journalisten recherchieren.
- Selbstverständlich sollen sie kritisieren.
- Selbstverständlich dürfen sie *mich* angreifen.
- Selbstverständlich müssen sie ihre Quellen nicht preisgeben - auch wenn es mitunter trübe Quellen sind.
- Selbstverständlich dürfen sie sich, wie in den vergangenen Tagen und Wochen fast täglich geschehen, auch mit bloßen Gerüchten befassen.
- Selbstverständlich dürfen sie in den Leserbriefspalten einseitig Stimmung machen.
- Selbstverständlich dürfen sie sich zum Sprachrohr von Partikularinteressen machen.
- Sie dürfen sogar die Rolle vom Berichterstatter zum Aktivisten wechseln, wenn sie versuchen, hinter den Kulissen Einfluss auf Gremien und Entscheidungsträger zu nehmen.

Damit muss ein Politiker leben. Wer das nicht aushält, sollte besser nicht in die Politik gehen.

Aber, meine Damen und Herren, die Pressefreiheit hat auch Grenzen.

Die Staatsanwaltschaft gibt aus gutem Grund keine Zwischenergebnisse ihrer Ermittlungen bekannt, weil diese aus dem Zusammenhang gerissen vorverurteilend wirken können. Weil das - wie wir seinerzeit in der Causa Wulff gelernt haben - die Unschuldsvermutung unterlaufen kann. Auch die Polizei versichert, sich an die Amtsverschwiegenheit zu halten.

Die Grenzen der Pressefreiheit sind jedenfalls dann erreicht, wenn als Grundlage der Berichterstattung offensichtlich Akten oder Aktenbestandteile verwendet werden, die ihren Weg wohl auf nicht legalem Weg in die betreffende Redaktion gefunden haben dürften.

Diesen Verdacht haben wir am Montag in einer Pressemitteilung geäußert. Heute hat sich dieser Verdacht bestätigt, wie Sie alle in einer Zeitung schwarz auf weiß nachlesen können und vermutlich schon gelesen haben.

Gut - wir richten uns darauf ein, dass wahrscheinlich weiter spekuliert und stellenweise auch in vorverurteilender Weise geschrieben wird, bis die Justiz ein abschließendes Ergebnis vorlegt.

Aber im Gegenzug werden wir uns nicht den Mund verbieten lassen und auf geeignete Weise die Öffentlichkeit über unsere Sicht der Dinge unterrichten. Die Presse- und Meinungsfreiheit ist keine Einbahnstraße.

- Hannover ist und bleibt der Glücksfall einer modernen Großstadt!
- Diese Stadt funktioniert!
- Diese Verwaltung funktioniert!
- Der Oberbürgermeister funktioniert!

Den Mitgliedern der Gremien des Rates und allen 11.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung – vertreten durch die heute anwesenden Dezernentinnen und Dezernenten – gilt mein herzlicher Dank für die geleistete gute Arbeit.

Machen wir uns also wieder gemeinsam an die Arbeit, meine Damen und Herren.

Hier zunächst die finanziellen Kernaussagen:

Wir legen Ihnen heute einen Haushaltsentwurf für die Jahre 2019 und 2020 vor, in dem sich die Verwaltung an drei zentralen Vorgaben orientiert hat:

1. Der Haushalt ist ausgeglichen. Das erste Mal seit sieben Jahren. Und das soll in der Mittelfristplanung auch so bleiben.
2. Das bedeutet, dass wir kein neues Haushaltssicherungskonzept auflegen müssen. Damit wird ein Vierteljahrhundert HSK Ende Dezember beendet sein (Insgesamt 657 Mio. Euro).
3. Und im Finanzhaushalt wird das Ziel der Nettoneuverschuldung Null erreicht. Hierbei sind die Mittel für die Umsetzung des Investitionsmemorandums 500+ sowie die Aufwendungen für die Flüchtlingsunterbringung (ca. 60 Mio. Euro) vor die Klammer gezogen.

Details hierzu erfahren Sie gleich vom Kämmerer.

Unsere Erträge, v.a. die Gewerbesteuer

Auf der Einnahmeseite profitieren wir von der guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Sie führt zu höheren Einnahmen und erweitert damit unseren finanziellen Handlungsspielraum.

Dabei orientieren sich die Ansätze für das Gewerbesteueraufkommen an den Erfahrungen der Vorjahre. Die Planwerte von 690 Mio. Euro in 2019 und 702 Mio. Euro in 2020 sind offensiv, aber dennoch seriös und realistisch.

Wer jetzt direkt zu träumen beginnt, den muss ich leider schnell wieder in die Realität zurückholen. Von 100 Mio. Euro zusätzlichen Einnahmen aus der Gewerbesteuer bleiben nach einem Jahr durch die Gewerbesteuerumlage, den Finanzausgleich des Landes sowie die Regionsumlage nur rund 25 Mio. Euro übrig. Deshalb werden wir mit der Region über eine Deckelung der Regionsumlage verhandeln.

Unsere starke Wirtschaft ist wichtig

Es zeigt sich nun einmal mehr, wie wichtig eine starke Wirtschaft für die Entwicklung unserer Stadt ist.

Denn unsere Unternehmen sorgen für Wachstum und Wohlstand, hier vor Ort. Sie schaffen Arbeitsplätze, bieten Jugendlichen eine Ausbildung, treiben Innovationen voran, fördern Integration und leisten durch die Gewerbesteuer ihren Beitrag an der Finanzierung der Stadt.

Als wir vor drei Jahren erstmals seit 1992 den Gewerbesteuerhebesatz angepasst haben, ging es daher keineswegs darum, die „Kuh noch weiter zu melken“, sondern unseren Standort noch attraktiver und fit für die Zukunft zu machen.

Ein attraktiver Standort ist auch für die Unternehmen ein Gewinn im Wettbewerb um die klügsten Köpfe. Der Fachkräftemangel ist zwar nicht bedrohlich, aber längst auch nicht mehr so abstrakt, wie noch vor ein paar Jahren. Das merke ich immer wieder in Gesprächen mit hannoverschen Unternehmerinnen und Unternehmern.

Wir müssen also im internationalen Standortwettbewerb für Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen attraktiv sein!

Die Schlüssel dazu sind:

- a) gezielte Wirtschaftsförderung,
- b) gute Bildung,
- c) Erhalt und Erweiterung der Infrastruktur,
- d) eine hohe Lebensqualität,

e) und ein ausgeprägtes soziales Miteinander.

Das ist unser Maßstab und diese Handschrift trägt der vorliegende Haushaltsentwurf. Denn im Gegensatz zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Zinspolitik können wir hier als Kommune direkt Einfluss nehmen, Schwerpunkte setzen und selber gestalten.

a) Gezielte Wirtschaftsförderung

Das bedeutet unter anderem, bei zunehmenden Flächenkonkurrenzen attraktive und differenzierte Gewerbeflächen innerhalb des Stadtgebiets vorzuhalten. Dafür betreiben wir ein aktives Flächenmanagement.

Dabei liegt der Fokus auch, aber nicht nur auf Großprojekten wie der neuen Continental-Konzernzentrale am Pferdeturm. Wir bieten ebenso Räume für die Erweiterung von etablierten Mittelständlern u.a. VSM, die Vereinigte Schmirgel- und Maschinen-Fabriken GmbH, kleinere Betriebe oder Unternehmensgründungen. Alleine auf den 2017 und 2018 verkauften Flächen (21,4 ha) werden ca. 1.100 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Und noch in diesem Jahr werden wir neue Potentiale erschließen. Wir machen von unserem Erstzugriffsrecht Gebrauch und werden an der Rendsburger Straße (1,5 ha) sowie an der Kugelfangtrift auf dem ehemaligen Kasernengelände (4,5 ha) insgesamt sechs Hektar gewerblich nutzbare Fläche vom Bund ankaufen.

b) Gute Bildung

Ein weiterer Schwerpunkt wird weiterhin auf Investitionen in Bildung liegen. In Hannover sollen alle Kinder gute Bildung erhalten. So überwinden wir am besten Barrieren und schaffen Chancengerechtigkeit. Da sind wir uns alle einig!

Angefangen bei den Jüngsten werden in den kommenden zwei Jahren 410 Krippen- und 325 Kita-Plätze zusätzlich entstehen. Wir werden – vor allem durch das Investitionsmemorandum – in die Schulen investieren, Gebäude modernisieren und

zusätzliche Kapazitäten aufbauen. Und wir werden das Ganztagsangebot um weitere 1.200 Plätze erweitern. Damit können zukünftig über 77 % aller Grundschul Kinder betreut werden. Damit entlasten wir berufstätige Eltern.

Wir setzen auch weiterhin auf Medienkompetenz und digitale Bildung. Der Medienentwicklungsplan wird von allen Beteiligten gut angenommen und verschafft uns als Vorreiterin bundesweit Anerkennung. Mit Beginn des aktuellen Schuljahres sind bereits 1.750 Schülerinnen und Schüler und 500 Lehrkräfte mit eigenen Tablets ausgestattet. Nach einer wissenschaftlichen Evaluation des Pilotprojekts soll es mit dem Aufbau der notwendigen Netze an weiteren Schulen schnell weitergehen.

c) Erhalt und Erweiterung der Infrastruktur

Neben den Investitionen in Bildungsinfrastruktur fließen in den kommenden zwei Jahren insgesamt über 55 Mio. Euro in den Neubau und die Grunderneuerung von Verkehrswegen im Stadtgebiet. Hinzu kommen jährlich ca. 28 Mio. Euro für den Erhalt. Dabei werden wir auch die Verkehrssicherheit in Kreuzungsbereichen und auf Schulwegen ganz besonders in den Blick nehmen.

Über den Bau der Erschließungsstraße für das Neubaugebiet Kronsberg-Süd hinaus liegt ein weiterer Investitionsschwerpunkt im Innenstadtbereich.

Die Arbeiten Am Marstall und Am Hohen Ufer im Rahmen von City 2020+ werden abgeschlossen, die Schmiedestraße umgestaltet und auch die D-Linie im Innenstadtbereich wird fertiggestellt. Das macht unsere City noch schöner und erhöht die Aufenthaltsqualität.

Dass wir es mit der Verkehrswende ernst meinen, zeigen wir durch die Förderung der E-Mobilität und die Stärkung des Radverkehrs. Ein gutes Beispiel ist hier der Bau des Radschnellwegs nach Lehrte. Für den ersten Bauabschnitt sind 3,8 Mio. Euro vorgesehen.

Zudem werden wir das städtische Verkehrsmanagement weiter ausbauen und durch das Projekt „HannoVerkehr“ und weitere Projekte den nächsten Schritt Richtung

Smart City machen. Ziel ist es, die Verkehrslage in Echtzeit zu erfassen, den Verkehrsfluss und das Parkraummanagement zu verbessern und damit unnötige Wartezeiten im Stadtverkehr zu reduzieren. Dadurch wird auch die Luft sauberer. Für das vom Bund zu 50 % geförderte Projekt stehen in den Haushaltsjahren 2018/2019 insgesamt rund 1,75 Mio. Euro zur Verfügung.

Natürlich ist auch mir bekannt, dass innerhalb der Fraktionen des Rates über die Zukunft der Straßenausbaubeitragssatzung diskutiert wird. Diese Diskussionen sind absolut legitim und auch der Zeitpunkt, dies im Rahmen der Haushaltsberatungen zu tun, ist klug gewählt. Für die Verwaltung kann kein Zweifel daran bestehen, dass unser gemeinsames Ziel primär darin liegen sollte, auch zukünftig auskömmliche Mittel für die Straßensanierung bereit stellen zu können. Wie wir dieses Ziel erreichen, welche Instrumente wir also wählen, ist eine Frage, die wir ergebnisoffen erörtern sollten.

d) Hohe Lebensqualität

Die Hannoveranerinnen und Hannoveraner schätzen die kurzen Wege, unser vieles Grün und das vielfältige Angebot an Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten. Kurz: Sie leben gern in ihrer Stadt.

Dazu zählt auch ein attraktives Kulturangebot. Wir sind bereits UNECSO City of Music und 2025 wollen wir gemeinsam europäische Kulturhauptstadt sein. Das ist unser aller Ziel und Motor. Und wie wir alle wissen, ist das nicht nur ein schöner Titel. Es geht um mehr: die langfristige Stärkung der hannoverschen Kulturlandschaft über das Jahr 2025 hinaus. Deshalb erstellen wir im Rahmen der Bewerbung einen nachhaltigen Kulturentwicklungsplan.

Auch wenn die Menschen in Hannover ihre Stadt lieben, gibt es auch Themen, die ihnen Sorgen machen. Obwohl die Kriminalitätsstatistik sich bei anhaltendem Bevölkerungswachstum in etwa auf dem Niveau von 2013 befindet, hat sich das persönliche Sicherheitsgefühl und Sauberkeitsempfinden verändert. Das belegen zuletzt auch die Ergebnisse des aktuellen Bürgerpanels sehr deutlich. 96,6% beurteilen „Sicherheit“ mit sehr wichtig oder wichtig.

Über die Gründe lässt sich trefflich streiten, aber auch diese Bedürfnisse nehmen wir ernst und dafür einiges an Geld in die Hand: Die Umsetzung des Konzepts „Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum“ inklusive der entsprechenden Räumlichkeiten sowie der 38 zusätzlichen Stellen für den neu eingerichteten Ordnungsdienst sind jährlich ca. 3,6 Mio. Euro im Haushalt veranschlagt. Hinzu kommen jährlich ca. 1,1 Mio. Euro für die Umsetzung des Konzepts „Hannover Sauber“.

e) Teilhabe und ein gutes soziales Miteinander

Bei allen guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen, es gehört auch zur Wahrheit, dass nicht alle gleichermaßen vom Aufschwung profitieren. Dabei ist Teilhabe ein Grundrecht. Umfängliche Teilhabe muss für eine soziale Stadt wie Hannover selbstverständlich sein.

Zwar sehen wir bei der Armutsquote eine leichte Entspannung. Es bleibt aber unser erklärtes Ziel, auch weniger gut situierten Menschen den Zugang zu Bildung, Wohnen, Kultur- und Freizeitangeboten zu ermöglichen.

Wir wollen allen Einkommensgruppen guten und bezahlbaren Wohnraum bieten. Aus diesem Grund werden wir den sozialen Wohnungsbau noch einmal intensivieren. Hierfür erhöhen wir bis 2023 durch ein Sonderprogramm das Investitionsvolumen der städtischen Wohnraumförderung auf insgesamt 51 Mio. Euro.

Hinzu kommen 30 Mio. Euro für eine Erhöhung der Aufwendungszuschüsse, um die Mieten stabil zu halten. Damit können über die bislang beschlossenen 1.900 Wohnungen hinaus bis 2023 weitere 500 Wohnungen gefördert werden.

Ein ganz konkretes Instrument ist der HannoverAktivPass. Die eingestellten 730.000 Euro sind gut investiertes Geld. Dies ist eine freiwillige Leistung, die nicht in Frage stehen darf. Auch wenn es sich hierbei um sogenannte freiwillige Leistungen handelt: Hier darf nicht der Rotstift angesetzt werden!

Hannover ist nicht nur eine soziale und inklusive, sondern auch eine Einwanderungsstadt. Unsere Vielfalt zeichnet uns aus. Darauf bin ich als Oberbürgermeister stolz. Deswegen kümmern wir uns um die Menschen, die bei uns Schutz suchen. Das ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern von Anstand, Mitgefühl und Solidarität.

Damit wir diese Menschen auch weiterhin angemessen unterbringen können, haben wir für die Planung und Schaffung weiterer Kapazitäten für die kommenden zwei Jahre insgesamt fast 5 Mio. Euro eingeplant.

Unser Augenmerk liegt dabei auch auf denjenigen, die gegenwärtig ohne eigenes Obdach sind. Auch diesen Menschen gegenüber fühlen wir uns verpflichtet und investieren mit diesem Doppelhaushalt 6,25 Mio. € in ihre Unterbringung.

Meine Damen und Herren!

Der Haushaltsentwurf ist ein Gemeinschaftsprodukt. Natürlich war der Weg zum Haushaltsentwurf schon in der Verwaltungsdiskussion alles andere als ein Selbstläufer. Dafür gab es zu viele überzeugende Ideen und Vorhaben aus den Fachbereichen. Ein ausgeglichener Haushalt erfordert Abwägungsprozesse und an der einen oder anderen Stelle auch Zugeständnisse, die nicht immer leichtfallen.

Mein Dank gilt hier insbesondere auch dem neuen Kämmerer, der mit seinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Fachbereich Finanzen wesentlich dazu beigetragen hat, Interessenskonflikte zu entschärfen und gemeinsam mit den Fachbereichen Kompromisse herbeizuführen.

Der Stellenplan war bereits in der verwaltungsinternen Diskussion ein besonders sensibles Thema.

Selbstverständlich sollen in einer wachsenden Stadt bei steigenden Aufgaben und neuen gesetzlichen Anforderungen zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Gerade weil es die Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtverwaltung sind, die unsere Stadt Tag für Tag am Laufen halten. Sie sind es, die mit ihrem Einsatz letztendlich dafür sorgen werden, dass unsere Planungen in die Tat umgesetzt werden.

Deshalb habe ich bereits zu Beginn meiner Amtszeit dafür geworben, den restriktiv eingefroren Stellenkegel behutsam zu erhöhen und den Einstellungsstopp aufzuheben. Von 2014 bis heute haben wir in der Kernverwaltung 960 zusätzliche Stellen neu eingerichtet. Das war richtig und so haben wir es auch geschafft, unsere Schlagzahl bei der Aufgabenbewältigung deutlich zu erhöhen.

Allerdings ist es auch meine Aufgabe, den Stellenzuwachs in einem finanziell vertretbaren Rahmen zu halten. Niemand zweifelt daran, dass die Fachbereiche gute Begründungen für den Aufgabenzuwachs und die Qualitätssteigerungen geliefert haben. Jedoch kann der Stellenzuwachs nur in einem Rahmen erfolgen, der finanziell verantwortungsvoll darstellbar ist.

Daher planen wir auch mit diesem Doppelhaushalt mit zusätzlichem Personal und richten insgesamt 347 ansatzerhöhende Stellen ein. Somit sind wir im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten auf einem sehr guten Weg.

Damit wir darüber hinaus Entlastung für die Beschäftigten schaffen können, werden wir überprüfen, welche Aufgaben notwendig sind und vor allem, wo wir effizienter arbeiten können. So werden wir auch die Verwaltungsmodernisierung vorantreiben. Dazu zählt auch, verstärkt auf digitale Lösungen zu setzen. Um hier schneller voranzukommen, werden zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie in den Fachbereichen über zehn neue Stellen eingerichtet.

Meine Damen und Herren,

die Schwerpunkte der Verwaltung für die Jahre 2019 und 2020 sind gesetzt.

Ich wünsche mir, dass Sie in Ihren Beratungen diesen Weg mit uns gehen. Wir haben viel vor und wir können gemeinsam viel erreichen. Auch wenn sich im Zuge

der Haushaltsberatungen üblicherweise noch einige Änderungen ergeben werden, so ist dennoch klar:

Das Gesicht unserer Stadt wird sich weiter positiv verändern. Wir werden produktiver, gebildeter, lebenswerter und bunter.

Meine Damen und Herren,

- Wir lassen uns unsere Stadt nicht schlecht reden!
- Wir lassen uns unsere Verwaltung nicht schlecht reden!
- Der Oberbürgermeister lässt sich seine Arbeit nicht schlecht reden!

Wir erhalten uns unsere Stärken:

Internationalität und Weltoffenheit, Innovationskraft und Kreativität sowie Toleranz und Solidarität. In unser wunderbaren Landeshauptstadt Hannover. Und all das auf der soliden Grundlage des Doppelhaushaltes 2019/2020.

Den nun anstehenden Haushaltsberatungen sehe ich sehr zuversichtlich entgegen.

Vielen Dank!